

Südkoreas Präsident wegen Aufstand und Kriegsrecht angeklagt

Südkoreas Präsident Yoon Suk Yeol wurde wegen Aufstandsanklage angeklagt, nachdem er martialisches Recht ausgerufen hatte. Er ist der erste amtierende Präsident, der in der Geschichte des Landes indiziert wurde.



Die südkoreanischen Staatsanwälte haben den abgesetzten Präsidenten Yoon Suk Yeol wegen Aufstands-Anklagen angeklagt, nachdem er kurzzeitig den Ausnahmezustand ausgerufen hatte. Damit ist er der erste amtierende Präsident in der Geschichte des Landes, der angeklagt wurde.

Hintergrund der Anklage

Präsident Yoon versuchte Anfang Dezember, das Kriegsrecht zu verhängen, was das Land in eine politische Krise stürzte. Der

Beschluss wurde jedoch innerhalb weniger Stunden vom Parlament wieder aufgehoben.

Festnahme und Haftbedingungen

Yoon, der jegliches Fehlverhalten bestreitet, befindet sich seit seiner Festnahme in der vergangenen Woche in Haft. Der umstrittene Präsident hielt sich wochenlang in seiner gesicherten Residenz auf, umgeben von seinem Team des Präsidialen Sicherheitsdienstes, bevor er schließlich in einer Motorcade mit den Ermittlern das Gelände verließ.

Missratene Festnahmeversuche

Das südkoreanische Büro für Korruptionsuntersuchungen hochrangiger Beamter (CIO) hatte bereits Anfang diesen Monats versucht, ihn festzunehmen. Dies scheiterte jedoch nach einem mehrstündigen Aufeinandertreffen, bei dem Soldaten und Mitglieder des Präsidialen Sicherheitsdienstes 80 Polizisten und Ermittler daran hinderten, den Präsidialpalast zu betreten.

Konsequenzen bei Verurteilung

Bei einer Verurteilung drohen ihm lebenslange Haftstrafen oder sogar die Todesstrafe, obwohl in Südkorea seit Jahrzehnten keine Hinrichtungen mehr vollzogen wurden.

Diese Nachricht ist aktuell und wird laufend aktualisiert.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at